

Beschluß ao. UB Parteitag der KölnSPD vom 3. März 2018

Mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen

SPD erneuern: Unter dem Motto „Basis statt Basta“ Programmatik schärfen und neue Beteiligungsformen umsetzen

Wir wollen eine SPD, die fortschrittliche Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft gibt: Auf die Weiterentwicklung der Europäischen Union, die Fragen der gerechten Verteilung von Vermögen, der Zukunft der Arbeit in Zeiten der Digitalisierung, die Chancen und Risiken von Migration und Integration und die globalen Umwelt- und Klimawirkungen. Dabei erwarten wir, dass die SPD nicht nur die nächsten, kleinen Schritte beschreibt. Sie muss wieder in die Lage versetzt werden, eine langfristige Vision zu entwickeln und gleichzeitig einen realistischen Weg aufzuzeigen, diese zu erreichen. In diesen Prozess, der nun vor uns liegt, sollen möglichst alle SPD Mitglieder aber auch nahestehende Organisationen aktiv mit eingebunden werden. Damit die SPD wieder echte Volkspartei wird und entsprechende Ergebnisse bei Wahlen erzielt.

Die vergangenen Wochen haben eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass die SPD auch in schwierigen Zeiten eine für viele Menschen attraktive politische Heimat bietet: Rund 25.000 neue Mitglieder sind eingetreten. Wir haben gemeinsam eine politisch-inhaltliche Debatte auf hohem Niveau um den Vertragsentwurf für oder gegen eine erneute Regierungsbeteiligung geführt. Das ist Ausdruck einer lebendigen und dynamischen Partei. Die SPD-Mitglieder ringen und kämpfen in demokratischer Weise, um gute Wege für unser Land. Gemeinsam übernehmen sie Verantwortung für die Demokratie, unser Gemeinwesen und unsere Partei. Nach Jahren des Verwaltens ist diese demokratische Debattenkultur beispielgebend!

Darauf können alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stolz sein! Daraus gewinnen wir neue Kraft für unsere gemeinsame politische Zukunft! Und das gilt unabhängig vom Ausgang des Mitgliederentscheids am 4. März 2018!

Nun müssen wir diese demokratische Kultur produktiv nutzen und unser Land und unsere Partei erneuern. Dabei setzen wir auf die Stärke der Volkspartei SPD mit ihrer thematischen Breite und Kompetenz. Wir wollen für die gesamte Bevölkerung Politik gestalten und für demokratischen und sozialen Ausgleich sorgen.

Der erste Schritt ist ein gemeinsames Verständnis darüber, was für einen Erneuerungsprozess notwendig ist.

- Engagement und Kompetenz für thematische Erneuerung nutzen

Die hohe und kompetente Beteiligung an unzähligen Diskussionsveranstaltungen rund um den Entscheid zeigt, sich in der SPD viel Kompetenz steckt. Diese wollen wir verstärkt nutzen, um Antworten auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu finden.

Dazu gehören:

- Die gerechtere Verteilung von Vermögen und die Bekämpfung prekärer Beschäftigung für mehr soziale Sicherheit für alle
- Auswirkungen der Digitalisierung auf Arbeit und Wirtschaft und wie sich dabei soziale Sicherheit und demokratische Teilhabe sichern lässt

- Aktive Gestaltung einer veränderten Gesellschaft zwischen Einwanderung, Integration und Bürgerrechten einerseits sowie Verlustängsten und Populismus andererseits;
- Antworten auf globale Umwelt- und Klimaveränderungen.

- **Mitglieder beteiligen – Meinungsvielfalt als Chance begreifen**

SPD-Mitglieder wollen mitbestimmen. Das ist gut so! In Zeiten digitaler Kommunikationsmittel bieten sich ganz neue Instrumente und Möglichkeiten. Mitbestimmung erfordert Information. Die internetbasierten Instrumente, die im Rahmen des Mitgliederentscheids eingesetzt wurden sind richtig. Sie sollen künftig Standard der Mitgliederinformation sein und weiterentwickelt werden. Dafür sind unabhängige Plattformen erforderlich.

Die Vielfalt der Meinungen innerhalb der SPD muss allerdings zum Ausdruck kommen, um die Fairness zu wahren und zugleich alle Mitglieder wirklich entscheidungsfähig zu machen.

Eine interne digitale Diskussionsplattform soll aufgebaut und für jedes Mitglied nutzbar gemacht werden. Diese soll unter anderem die Teilhabe ohne Anwesenheit, den Austausch und die Bearbeitung von Ideen online ermöglichen und die interne Kommunikation erleichtern. Eine langfristige, ausbaufähige Lösung wird angestrebt, so dass nicht verschiedene Plattformen erforderlich werden.

Partizipative Elemente für Parteitage können darüber hinaus sein:

- Rederecht für Mitglieder, die keine Delegierten sind
- Entscheidungsmöglichkeiten über thematische Schwerpunkte eines Parteitags durch Abstimmung zu Beginn
- Antragsrecht für eine Gruppe von Genoss*innen über die bisher antragsberechtigten Gruppierungen hinaus, wenn ein bestimmtes Quorum erreicht ist
- Es sollen zudem Instrumente geschaffen bzw. ausgebaut werden, die Expertise von Menschen aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Verbänden, Nichtregierungsorganisationen und Wirtschaft besser zu nutzen. In einem ersten Schritt sollte daher die Mitgliederverwaltung, die heute bereits die Gewerkschaftsmitgliedschaft erfasst, um Mitgliedschaften in weiteren Organisationen ergänzt werden.
- **Mut zu Entscheidungen**
Nach intensiven Diskussionen müssen Entscheidungen getroffen und akzeptiert werden. Das ist das Wesen der Demokratie. Mit breiter Information, Transparenz und Beteiligungsmöglichkeit sind strittige Punkte, die zur Entscheidung kommen, schließlich ein tragfähiger Konsens. So getroffene Entscheidungen verpflichten dann alle Mitglieder – sei es als Delegierte auf Parteitagen oder in der parlamentarischen Praxis von Mandatsträgerinnen und –trägern oder als Wahlkampfshelfer/in am Infostand oder sozialen Medien.

Treten mehrere Kandidatinnen und Kandidaten für Führungspositionen in der SPD oder für öffentliche Mandate an, betrachten wir das als Gewinn und organisieren entsprechende Informationsprozess.
